



Berlin (dpa/sth). Die von der CSU geforderte Ausweitung der sogenannten Mütterrente, die eine Gleichbehandlung aller Mütter bei der Rente zum Ziel hat, kostet nach Berechnungen der Rentenversicherung rund 4,45 Milliarden Euro im Jahr. Umgerechnet entspräche das etwa einem Viertel Prozentpunkt des Beitragssatzes, sagte eine Sprecherin der Deutschen Rentenversicherung der "Rheinischen Post". Profitieren würden ihr zufolge rund 9,8 Millionen Renten. Die Finanzierung eines solchen Schrittes müsste aber in voller Höhe aus Steuermitteln erfolgen und dürfte nicht zulasten der Beitragszahler gehen, mahnte sie.

Die CSU will erreichen, dass Müttern auch für vor 1992 geborene Kinder drei Erziehungsjahre bei der Rente angerechnet werden. Derzeit werden für Kinder, die 1992 oder später geboren sind, bis zu drei Jahre Erziehungszeit angerechnet. Ansonsten sind es maximal zwei Jahre und sechs Monate, die gutgeschrieben werden. Die CSU-Forderung findet sich nicht im gemeinsamen Wahlprogramm mit der Schwesterpartei CDU.

Die Chefin der Wirtschaftsweisen, Monika Schnitzer, lehnt das CSU-Ansinnen ab. Dieses "scheint aus der Zeit gefallen zu sein", sagte Schnitzer der "Rheinischen Post". Angesichts der demografischen Entwicklung und der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung sei dringend eine Rentenreform notwendig, die Rentenansprüche begrenze, nicht ausweite.

## Mehr zum Thema